



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 133. Ratssitzung vom 5. März 2025

4355. 2024/297

Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Severin Meier (SP) vom 19.06.2024: Zürich als «Sicherer Hafen» für Flüchtende, Umsetzung von Massnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reis Luzhnica (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3373/2024): Zürich ist eine Stadt der Vielfalt, der Offenheit und der Solidarität. Dieses Postulat fordert, dass die Stadt Zürich als «Sicherer Hafen» für Flüchtende erklärt wird. Es geht darum, unser Engagement in der Flüchtlings- und Inklusionspolitik weiter zu stärken und die humanitären Werte, die uns leiten, zu unterstreichen. Die Stadt Zürich ist bereits Teil der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» und hat damit ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit geflüchteten Menschen abgelegt. Gemeinsam mit anderen Städten, die bereits als «Sichere Hafen» gelten, etwa Bern, können wir ein noch stärkeres Zeichen setzen. Mit diesem Postulat möchten wir den Fokus auf einige wesentliche Aspekte legen: die zusätzliche Aufnahme von aus Seenot geretteten Personen, ihre Integration durch das Bereitstellen von Wohnraum, Bildung und medizinischer Versorgung sowie die klare Positionierung gegen die Kriminalisierung von Seenotrettungen. Zürich tut in diesem Bereich bereits sehr viel. Auch STR Raphael Golta setzt sich stark ein. Für dieses Engagement und die Entgegennahme unseres Postulats danke ich. Es gibt verschiedene Massnahmen, die man in diesem Rahmen ergreifen kann. Zum Beispiel können wir uns mit Menschen auf der Flucht solidarisch erklären oder uns beim Bund für die Errichtung von neuen oder deutlichen Ausweitungen von bestehenden Programmen zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzen. Die Aufnahmeplätze können wir selbst anbieten. All dies macht die Stadt bereits. Andere Massnahmen wie die finanzielle Unterstützung von privaten Seenotrettungen kann Zürich schnell umsetzen.

Samuel Balsiger SVP begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juli 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Was Sie fordern, wurde in New York eingeführt. Die republikanischen Staaten haben illegal eingewanderte Migranten mit Reisecars nach New York gekarrt und abgeladen, teils sogar vor den Wohnhäusern demokratischer Repräsentanten. New York musste daraufhin den Notzustand ausrufen, da sie mit der Flut an Migranten nicht mehr umgehen konnten. Bürgermeister Eric Adams sagte dazu: «Wir stehen am Rande des Abgrunds.» Wollen wir das für Zürich? Illegale Migranten gehören nicht nach Zürich und nicht ins Schweizer Sozialsystem. Sie müssen



ausgeschafft werden. Sie sollen zurück in ihre Heimat gehen. Das Schleppersystem, um in die Schweiz zu kommen, das Sie unterstützen, indem Sie Anreize schaffen, macht Milliarden. Sie ziehen den Migranten Geld ab, setzen sie in Boote, tun so, als wäre das Boot auf dem offenen Meer gekentert, sogar wenn es sich noch kurz vor Libyen befindet, und zählen darauf, dass europäische Küstendienste es holen und den Rest der Reisstrecke erledigen. Alle, die diese Rettungsschiffe unterstützen, halten mit ihrer Hilfe das illegale Milliardengeschäft der Schlepper am Leben. Würden die Flüchtlinge nach Libyen zurückgebracht, ginge das Geschäft kaputt, denn die Kunden, die für die Überfahrt nach Europa zahlen, wären unzufrieden mit dem Ergebnis. Wir lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Attila Kipfer (SVP): *Mit diesem Postulat will man Zürich für Flüchtlinge, die auf dem Seeweg nach Europa kommen, attraktiver machen. Langfristig wird mehr Geld für ihre Bildung und Ausbildung ausgegeben. Ausserdem soll eine Patenschaft für ein Schiff übernommen werden. Gehts noch? So etwas kann nur von links kommen. Über den Seeweg kommen keine Frauen und Kinder, sondern nur junge Männer. Es kommen keine richtigen Flüchtlinge, sondern vor allem Lebensstilmigranten. Es kommen keine Ärzte oder Ingenieure, die wir für unsere Wirtschaft brauchen könnten, sondern vorwiegend ungebildete Leute. Diese Leute bringen kein Geld mit, um für ihre Unterbringung aufkommen zu können. Sie gehören einem ganz anderen Kulturkreis an und sind schwer integrierbar. Warum brauchen wir diese Leute in unserem Land? Wir sollten weder die Schlepperbanden in Afrika noch die NGO, die ihnen helfen, unterstützen. Die Linke fordert hiermit eigentlich, dass sich Zürich an einer neuen Völkerwanderung beteiligt, die nach und nach das eigene Volk austauschen wird. Dies wird unser Land zerstören.*

Ronny Siev (GLP): *Als ich das Postulat zum ersten Mal gelesen habe, ist mir ein sicherer Hafen für Schwarzgeld in den Sinn gekommen. Ich bin mir nicht sicher, ob die SP will, dass Zürich wieder ein sicherer Hafen für Schwarzgeld wird. In der Begründung wurde klar, dass es darum geht, zwei Klassen von Asylbewerbern zu schaffen: die, die über das Wasser kommen und die anderen. Ich verstehe nicht, wieso ihr Leute, die über die Seenotrettung in Richtung Europa kommen, bevorzugt behandeln und alle anderen diskriminieren wollt. Hauptsächlich lehnen wir das Postulat ab, weil Asylrecht Bundessache ist. Aufnahme, Verteilung, Kooperation und Entscheide liegen bei Bund oder Kantonen.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Mein Vorredner hat die meisten meiner Argumente bereits genannt. Zürich engagiert sich extrem vorbildlich bei der Aufnahme, Unterbringung, Integration und Förderung von Flüchtlingen. Eine erhöhte Aufnahmequote oder einen Sonderstatus kann und muss der Bund begründen. Die Kategorisierung von Flüchtlingen lehnt die Die Mitte/EVP-Fraktion dezidiert ab. Beim Sonderstatus S haben wir erlebt, wozu eine Kategorisierung führt. Andere Flüchtlingsgruppen waren nicht erfreut darüber, dass die Ukrainer mehr Rechte bekamen als sie. Wir lehnen das Postulat dezidiert ab.*

Andreas Egli (FDP): *Wie bereits gesagt wurde, sind schon viele Städte, darunter San Francisco und New York, an der Politik des sicheren Hafens gescheitert. Das sollte uns*



3 / 3

eine Lehre sein. Die Schweiz kennt ein demokratisch beschlossenes Ausländer- und Asylrecht. Nationalrat Andreas Glarner darf für seine Heimatgemeinde keine eigene Asylpraxis durchsetzen. Genauso wenig darf das die SP in Zürich.

Reis Luzhnica (SP): *Ich fordere mit diesem Postulat nichts, das nicht im Rahmen des Gesetzes wäre. Der Vergleich mit dem Rassisten Andreas Glarner ergibt keinen Sinn, Andreas Egli (FDP). Samuel Balsiger (SVP), der gleich noch einmal das Wort ergreifen wird, bitte ich um etwas Zurückhaltung. Ich weiss, dass die SVP am liebsten Donald Trump und seinen Rechtsextremismus in die SVP importieren würde. Hier geht es aber um Menschen, die auf der Flucht sind und Schlimmes erleben mussten.*

Samuel Balsiger (SVP): *Alles, was ich erzählt habe, ist Realität. Finden Sie die Realität unsachlich oder beleidigend? Es gibt mehrere Studien von Ökonomen, die die Sogwirkung der Seenotrettung bestätigen. In einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) aus dem Jahr 2019 kann nachgelesen werden, was die nicht beabsichtigten Folgen der Seenotrettung sind. Der Mechanismus ist äusserst logisch, wenn man überlegt: Schlepper kaufen ein nicht seetaugliches Schiff, überfüllen es mit Migranten, die je 10 000 bis 15 000 Franken bezahlen. Sie schicken sie absichtlich in diesem nicht seetauglichen Boot auf die Reise über das Meer und warten, bis das Boot unvermeidlich kentert, sobald es die eigene Küste verlassen hat. Dann schlagen die Schlepper selbst Alarm, damit die Küstenwache oder linke Schiffe kommen und die Leute retten. Diese bringen sie dann zum europäischen Sozialstaat. Wenn man die Leute nicht rettet, ertrinken sie oder müssen an die libysche Küste zurückschwimmen, wo sie die Schlepper zusammenstauchen können, da sie nicht bekommen haben, was sie gekauft haben. Nach etwa einem Jahr dieser Praxis wäre die Schlepperei für immer vorbei. Indem Europa und die Linken die Migranten retten, fördern sie die tragischen Unglücke auf dem Meer und verursachen bei uns Probleme. Sie lösen mehr illegale Migration aus, mehr Rechtsrutsch, höhere Sozialausgaben und mehr Tote auf dem Mittelmeer. Das sind einfach Fakten.*

Das Postulat wird mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat